**47. Änderung des Flächennutzungsplans
für ein Teilgebiet zwischen Ammerseestraße und Pentenrieder Straße in Gauting**

Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Verfasser	Inhalte der Stellungnahme	Abwägung der Stellungnahme	Beschlussvorschlag Gemeinderat
Landratsamt Starnberg Kreisbauamt 02.07.2019	- Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht, die über die im Verfahren bereits geäußerten Aspekte hinausgehen.	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
IHK für München und Oberbayern 02.07.2019	– Keine Anregungen oder Bedenken. Der Planung wird zugestimmt.	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
Regionaler Planungsverband München 26.06.2019	– Keine regionalplanerischen Bedenken gegen die Planung (Vgl. Stellungnahme im Verfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB).	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
Vodafone Kabel Deutschland GmbH 09.07.2019	– Es bestehen keine Einwände	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
Wasserwirtschaftsamt Weilheim 02.07.2019	– Die Erläuterungen zum Grundwasserflurabstand sowie zur Niederschlagswasserbeseitigung werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung verweisen wir auf die Stellungnahme des Würmtal Zweckverbands. Die Aufnahme von Hinweisen zum Wasserschutzgebiet wird befürwortet. Weitere Hinweise oder Anforderungen werden nicht vorgetragen. – Es bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die vorliegende Bauleitplanung.	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
Regierung von Oberbayern	– In der Stellungnahme vom 20.03.2019 wurden Bedenken aus siedlungsstruktureller Sicht geäußert,	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis

<p>25.06.2019</p>	<p>einerseits auf Grund der Betroffenheit des regionalen Grüngürtels Nr. 05 Grüngürtel München-Südwest: Kreuzlinger Forst/Aubinger Lohe und bei Alling und Eichenau. Zudem wurde festgestellt, dass der überplante Bereich für eine Siedlungstätigkeit nur sehr eingeschränkt geeignet ist (Lage innerhalb LSG und WSG sowie außerhalb Hauptsiedlungsbereich gem. RP 14 B II G 2.1) und die Planung einem „Ausfransen“ des Ortrandes Vorschub leistet (vgl. LEP 3.3).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gemäß den nun vorgelegten Entwürfen wird an der Planung unverändert festgehalten. In der gemeindlichen Abwägung wird dabei insbesondere auf die Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes München verwiesen. Da der Normgeber den regionalen Grüngürtel nicht berührt sieht, ist eine weitere fachliche Auseinandersetzung mit dessen Funktionen somit obsolet. - Die Abwägungsentscheidung der Gemeinde für den Standort, begründet mit der Vorprägung durch die Unterkunft für Asylsuchende sowie dem Fehlen von Alternativstandorten, wird zur Kenntnis genommen, wengleich die Gefahr von negativen Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur weiterhin gesehen werden. 		
<p>Staatliches Bauamt Weilheim Hochbau, Straßenbau 02.07.2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Einwände 	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme 	<p>Zur Kenntnis</p>
<p>Gemeinde Krailling 11.07.2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Der Bau-, Umwelt-, und Verkehrsausschuss nimmt die in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne Nr. 184 und 185 sowie die hierfür erforderliche Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren der Gemeinde Gauting ohne weiteren Einwand zur Kenntnis und erinnert an das zugesagte Verkehrsgutachten. 	<ul style="list-style-type: none"> - Es liegt kein vollständiges Verkehrsgutachten vor, vielmehr folgende gutachterliche Einschätzung von Herrn Ammerl/Planungsbüro OBERMAYER: - <i>„Für die geplanten Nutzungen des B-Planes Nr. 184/185 ermittelt sich ein durch das Verkehrsplanungsbüro OBERMEYER geschätztes Neuverkehrsaufkommen von ca. 1.500 bis 1.600 Kfz-Fahrten/Tag. Davon sind</i> 	<p>Zur Kenntnis</p>

		<i>ca. 70% auf Gauting ausgerichtet = 1.120 Kfz-Fahrten. Ca. 390 Kfz-Fahrten sind auf Unterbrunn ausgerichtet und ca. 90 Kfz-Fahrten sind auf Pentenried ausgerichtet. In Richtung Pentenried ist nicht mit nennenswertem Mehr-LKW-Verkehr zu rechnen.“</i>	
AWISTA 15.07.2019	– Die Planungen berühren keine Belange des AWISTA Starnberg	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis
Handwerkskammer 15.07.2019	– Keine Anmerkungen, die über die Stellungnahme am 20.03.2019 hinausgehen. Die Behandlung der vorgebrachten Äußerungen im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 30.04.2019 wird zur Kenntnis genommen. Die Anmerkungen werden grundsätzlich aufrecht erhalten und sind als noch einmal angeführt zu betrachten.	– Die Bezugnahme in der aktuellen Stellungnahme der Handwerkskammer auf die vorhergehende Stellungnahme vom 20.03.2019 betrifft Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 184/GAUTING; diese Anregungen sind daher für die Ebene der Änderung des Flächennutzungsplans nicht relevant.	Zur Kenntnis
Würmtal Zweckverband 16.07.2019	– Es bestehen von Seiten der Abteilung Wasserversorgung zusätzlich zu den im Schreiben vom 21.03.2019 angesprochenen Punkte keine Einwendungen.	– Kenntnisnahme, die Anmerkungen werden in der Abwägung zu den Bebauungsplänen behandelt. Im Zuge der vorbereitenden Bauleitplanung muss zwar eine grundsätzliche Erschließbarkeit geklärt sein. Dies ist mit dem Vorliegen der Wasserleitung ausreichend gesichert. Der exakte Wasserbedarf lässt sich erst mit der konkreten Bauleitplanung ableiten und klären.	Zur Kenntnis
Bayernets 14.06.2019	Im Geltungsbereich der 47. Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes – wie in den von Ihnen übersandten Planunterlagen dargestellt – liegen keine Anlagen der bayernets GmbH. Aktuelle Planungen der bayernets GmbH werden hier ebenfalls nicht berührt. Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Belange und Auflagen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebracht und zur Kenntnis genommen	– Kenntnisnahme	Zur Kenntnis

	<p>wurden.</p>		
<p>Untere Naturschutzbehörde 18.07.2019</p>	<p>Beurteilung: Landschaftsschutzgebiet Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungsplan) dürfen anderen Rechtsvorschriften, die für das Plangebiet gelten, nicht widersprechen. Das Vorhaben liegt im Landschaftsschutzgebiet „Kreuzlinger Forst“ (LSG-VO) und steht damit im Widerspruch zum gegenständlichen Bauleitplanverfahren. Die vorgesehene Bebauung widerspricht dem Schutzzweck der bestehenden gültigen LSG-VO. Dieser Widerspruch kann nach unserer Auffassung nicht mit einer naturschutzrechtlichen Befreiung aufgelöst werden. Eine Befreiungslage ist nicht erkennbar. Die Gemeinde hat einen Antrag auf eine dem Planungsgebiet entsprechen partiellen LSG-Herausnahme, und eine kompensatorische Hereinnahme in ähnlicher Flächengröße beim Landkreis Starnberg – Untere Naturschutzbehörde gestellt. Die Standortprüfung und Entscheidung der Gemeinde ist plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Die Kreisverwaltung ist aktuell damit beauftragt, das LSG-Schutzgebietsänderungsverfahren durchzuführen.</p> <p>Artenschutz und sonstige Schutzgüter Den Planunterlagen war eine saP von Terrabiota vom 29.05.2019 beigefügt. Eine artenschutzrechtliche Prüfung sollte zum Schluss u.E. immer ein zusammenfassendes gutachterliches Fazit enthalten, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch das Vorhaben (möglicherweise) ausgelöst werden, ob durch geeignete CEF-Maßnahmen diese Verbotstatbestände umgangen werden können oder ob ggf. eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich ist. Dieses Fazit sollte dann auch im Umweltbericht als abwägungsrelevanter eigenständiger Punkt wieder auftauchen. Unter diesen können dann auch die allgemeinen und speziellen CEF-Artenschutzmaßnahmen kurz gelistet werden. Kurz</p>	<p>– Der artenschutzrechtliche Aspekt wird im Umweltbericht als eigenständiger Punkt klarer herausgestellt.</p>	<p>Die Anregung zum Artenschutz im Umweltbericht wird berücksichtigt.</p>

	<p>gesagt – der artenschutzrechtliche Aspekt sollte im Umweltbericht als eigenständiger Punkt klarer herausgestellt und nicht unter die Grünordnung subsummiert werden.</p> <p>Eingriffsregelung Das methodische Vorgehen entspricht den geltenden Standards bezüglich des Leitfadens zum Vollzug der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. Die Ausgleichsfläche ist hinreichend dargestellt.</p>		
--	---	--	--